

# Kapitel 1. Einleitung

Was ist die Rolle des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte gegenüber dem demokratisch-rechtsstaatlichen Entscheidungsprozess seiner Vertragsstaaten? Die Frage nach Grund, Grenzen und Funktion von Menschenrechten wird erst in kritischen Situationen aktuell, wenn etablierte Rechtfertigungsmuster nicht mehr zu tragen vermögen.<sup>1</sup> Für den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg stellte sich die Frage nach der Funktion der Menschenrechte, über die er wacht, und nach seiner eigenen Rolle lange Zeit nicht. Der historische Zweck der Menschenrechte, die Wiederholung schwersten Unrechts zu verhindern, und die rechtliche Bindung seiner Entscheidungen an die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK),<sup>2</sup> genügte zur Rechtfertigung seiner Stellung.

## A. Eine Autoritäts- und Legitimitätskrise

Während der Ausbreitung der Verfassungsgerichtsbarkeit im Europa des 20. Jahrhunderts wurde dem Spannungsverhältnis zwischen Demokratie und Menschenrechten gemeinhin wenig Beachtung geschenkt, wenn es denn wahrgenommen wurde. Grund- und Menschenrechte wurden vielmehr oft ausschließlich als Grundvoraussetzung stabiler Demokratie gesehen.<sup>3</sup> Eine verbreitete Geringschätzung des

---

<sup>1</sup> Luhmann, in: ders. (Hrsg.), *Soziologische Aufklärung*, S. 229f.

<sup>2</sup> Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950, Konvention Nr. 005 des Europarats, inkraftgetreten zum 3. September 1953. Für Deutschland: BGBl 1952 II, 685 und BGBl 2002 II, 1054.

<sup>3</sup> Sweet, in: Rosenfeld/Sajó (Hrsg.), *Comparative Constitutional Law*, S. 818f. Die Einrichtung einer Verfassungsgerichtsbarkeit erfolgte in drei Wellen: einmal im Deutschland der 50er Jahre, in den 70er Jahren in Südeuropa nach dem Zusammenbruch der dortigen Diktaturen und dann in den 1990er Jahren in Osteuropa. Außerhalb von Europa ist in der letzten Periode vor allem noch

politischen Entscheidungsprozesses trug und trägt hierzu bei.<sup>4</sup> Nach wie vor fallen die Begriffe Demokratie und Menschenrechte im öffentlichen Diskurs oft im selben Atemzug, ihre unproblematische Vereinbarkeit wird schlicht unterstellt.<sup>5</sup> Jürgen Habermas etwa sah die Verfassungsbeschwerde unter Gewaltenteilungsgesichtspunkten als am wenigsten problematisch an.<sup>6</sup>

So war auch das Verhältnis der Vertragsstaaten zum Gerichtshof lange Zeit insgesamt eher unproblematisch. Im Jahr 1998 schien der Erfolg des Konventionssystems offensichtlich und die Autorität des Gerichtshofs „unangefochten“<sup>7</sup> – auch wenn zuvor Anfang der 90er Jahre in der Reform des Gerichtshofs erste Zweifel an seiner Akzeptanz aufgekommen waren.<sup>8</sup> Noch 2005 wurde „wenig Widerstand“ gegen die expansive Auslegung der EMRK durch den Gerichtshof festgestellt.<sup>9</sup> Die Literatur zur Arbeit der Konventionsorgane war lange Zeit von der – grundsätzlich berechtigten – Überzeugung geprägt, dass die Einrichtung eines solchen Gerichtshofs, mit der eine besondere Souveränitätsbeschränkung der Vertragsstaaten verbunden ist, ein Meilenstein in der Geschichte des Völkerrechts und der Bedeutung von Individuen in ihr ist.<sup>10</sup> Kritik in der Literatur, die den Gerichtshof begleitet, ging meist dahin, dass dem zu schützenden Individualinteresse nicht genügend Gewicht durch den Gerichtshof eingeräumt wurde.

Mittlerweile jedoch sieht sich der Gerichtshof deutlich einer Autoritäts- und Legitimitätskrise gegenüber.<sup>11</sup> Abwechselnd wird ihm vorgeworfen, zu zurückhaltend oder zu forsch vorzugehen.<sup>12</sup> Letzteres war insbesondere auch Gegenstand der Konferenz über die Zukunft des Gerichtshofs in Brighton.<sup>13</sup> In vielen Vertragsstaaten scheint das bedingungslose Vertrauen, das die Entscheidungen des Gerichtshofs lange genossen, nachzulassen.<sup>14</sup> Mittlerweile zeigt sich deutlich, dass Demokratie und Menschenrechte oft alles andere als harmonisch zueinander stehen.<sup>15</sup>

---

auf den südafrikanischen Verfassungsgerichtshof zu verweisen. Vorläufer dieser Entwicklung ist der österreichische Verfassungsgerichtshof der zweiten Republik (1920-1934), der maßgeblich auf den Einfluss von Hans Kelsen zurückgeht. S. zu alledem m.w.N. Sweet, ebd.

<sup>4</sup> Lord Sumption, *Limits of Law*, S. 12.

<sup>5</sup> Wiesner u.a., in: Becker/Zimmerling (Hrsg.), *Politik und Recht*, S. 179.

<sup>6</sup> Habermas, *Faktizität und Geltung*, S. 294.

<sup>7</sup> Rupp-Swienty, *Margin of Appreciation*, S. 214.

<sup>8</sup> S. hierzu: Bates, *Evolution ECHR*, S. 428.

<sup>9</sup> Nolte, in: ders. (Hrsg.), *European/US Constitutionalism*, S. 17.

<sup>10</sup> S. etwa Morrisson, Jr., *European Human Rights*, S. 40, 133.

<sup>11</sup> Oomen, *Strasbourg-Bashing?*, *IJHR* 2016, 407 (407f.); Myjer, *Times A-Changin'?*, *NQHR* 2012, 264 (268f.); Føllesdal u.a., in: dies. (Hrsg.), *Constituting Europe*, S. 392ff.; Sudre, *L'effectivité des arrêts*, *RTDH* 2008, 917 (943); O'Boyle, *Future of the ECtHR*, *GLJ* 2012, 1862.

<sup>12</sup> Costa, *Relationship Between Courts*, *EHRLR* 2013, 264 (265).

<sup>13</sup> S. hierzu: Baade, *Charta für Kriminelle?*, *AVR* 2013, 339 (339f.); Føllesdal, in: ders. u.a. (Hrsg.), *Legitimacy of Human Rights*, S. 272f.

<sup>14</sup> Für die Niederlande s. etwa: Kuijer, in: van Roosmalen u.a. (Hrsg.), *Liber Amicorum van Dijk*, S. 107ff.

<sup>15</sup> Schaffer u.a., in: Føllesdal u.a. (Hrsg.), *Legitimacy of Human Rights*, S. 19.

Der wesentliche Grund, weshalb sich diese Fragen für den Gerichtshof lange Zeit nicht ernsthaft stellten, ist wohl, dass die alltägliche Bedeutung von Menschenrechten für die westeuropäischen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg nicht allzu groß war.<sup>16</sup> Die allgemeine Erwartung scheint auch während der Entstehung der EMRK gewesen zu sein, dass nur der kleinste gemeinsame Nenner verabschiedet würde, sich also für die Vertragsstaaten keinerlei Änderungsbedarf ergäbe.<sup>17</sup> Während der 50er Jahre war der Blick der Fachöffentlichkeit auf die EMRK denn auch eher von Enttäuschung und wenig Interesse geprägt.<sup>18</sup> Wirklich zu ihrer heutigen Bedeutung gelangte sie erst nach und nach ab den 70er Jahren als mehr Staaten die Individualbeschwerde akzeptierten.<sup>19</sup> Noch 1969 entschuldigte ein niederländisches erstinstanzliches Gericht eine Verzögerung in der Verhandlung damit, dass weder es selbst noch das angefragte Landgericht einen Text der Konvention vorliegen hätten, auf welchen sich ein Anwalt bezogen hatte.<sup>20</sup> Erst seit den 80er Jahren fand der Gerichtshof zu der Bedeutung, die ihm heute zukommt. Zu dieser Zeit kam ihm unter europäischen Juristen und in den Medien mehr und mehr Bekanntheit zu und ein Bewusstsein auf, dass Menschenrechtsfragen vor ihm effektiv und verbindlich verhandelt werden konnten.<sup>21</sup> Dennoch wurde selbst noch im Jahr 2001 eine „weitgehende Ignorierung der Straßburger Judikatur in [deutscher] Gerichtspraxis und Lehre“ konstatiert.<sup>22</sup>

Die Dringlichkeit, mit der die Legitimität des Gerichtshofs in den letzten Jahren angezweifelt wurde, liegt daher wohl in dem Faktum begründet, dass seiner Rechtsprechung immer größeres Gewicht auch für etablierte demokratische Rechtsstaaten zukommt und daher ein entsprechend größerer Legitimationsdruck auf ihr lastet.<sup>23</sup> Die kritische Bewertung von internationalem Menschenrechtsschutz steht damit zwischen zwei Polen: Entweder er wird als unwichtig, weil ohnehin ineffektiv, abgetan, so eine nach wie vor verbreitete Lesart der UN-Pakte,<sup>24</sup> oder, sobald er effektiv wird, wird ihm vorgeworfen, er greife in illegitimer Weise in nationale

---

<sup>16</sup> S. etwa noch 1990: Cappelletti, *Pouvoir des Juges*, S. 233. Eine Ähnliche Einschätzung bei: Wildhaber, in: Hafner u.a. (Hrsg.), *Völkerrecht und Dynamik*, S. 161; für die Niederlande bei: Oomen, *Strasbourg-Bashing?*, *IJHR* 2016, 407 (413f.).

<sup>17</sup> Ausdrücklich vertrat dies der britische Generalanwalt nach Unterzeichnung der EMRK im House of Commons: HC Hansard, 5th Series, Vol. 481, col. 15f.: „It is not contemplated that any legislation will be necessary in order to give effect to the terms of this Convention ... I think we are entitled to say that the law of this country has always been in advance of the laws of most other countries in regard to human rights.“; s. hierzu: Marston, *Preparation of the ECHR*, *ICLQ* 1993, 796 (823); s. etwa auch: Europarat (Hrsg.), *Travaux préparatoires ECHR*, Bd. 2, S. 244 (Crawley); hierzu: Bates, *Evolution ECHR*, S. 114ff.; Lord Hoffmann, *Universality*, *Law Quarterly* 2009, 416 (423).

<sup>18</sup> Bates, *Evolution ECHR*, S. 99-103.

<sup>19</sup> Moyn, *The Last Utopia*, S. 1-10, insbesondere zum Völkerrecht: Ebd., S. 176ff.; Bates, *Evolution ECHR*, S. 134ff., der 1974 als Wendepunkt ansieht.

<sup>20</sup> S. hierzu: Kuijer, in: van Roosmalen u.a. (Hrsg.), *Liber Amicorum van Dijk*, S. 101f.

<sup>21</sup> Bates, *Evolution ECHR*, S. 393f.

<sup>22</sup> Hoffmeister, *Grundrechtsverfassung, Der Staat* 2001, 349 (379).

<sup>23</sup> Letsas, in: Føllesdal u.a. (Hrsg.), *Constituting Europe*, S. 126.

<sup>24</sup> E. Posner, *Global Legalism*, S. 185ff.

Entscheidungsprozesse ein.<sup>25</sup> Dass die Rechtsprechung des Gerichtshofs immer mehr kritisiert wird, ist insofern ein Zeichen dafür, dass die EMRK mittlerweile ernst genommen wird.

Die Zunahme der Kritik und damit verbunden des Legitimationsdrucks auf den Gerichtshof ist an Fälle gekoppelt, die in der Öffentlichkeit für besonderes Aufsehen und Unverständnis gesorgt haben. In den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich betraf dies z. B. Beschränkungen, denen die Ausweisung von Ausländern konventionsrechtlich unterliegt.<sup>26</sup> In Deutschland waren es die Entscheidungen zum Presserecht,<sup>27</sup> zur Sicherungsverwahrung<sup>28</sup> und zum Umgangsrecht des Vaters eines nichtehelichen Kindes,<sup>29</sup> mit denen der Gerichtshof der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts widersprach.<sup>30</sup> Für Italien war es die Kammer-Entscheidung in *Lautsi*, die Kruzifixe in Klassenzimmern für einen Verstoß gegen das Recht auf Bildung und die Religionsfreiheit hielt.<sup>31</sup> In Frankreich sorgte die Feststellung, dass die seit langem bestehende Institution des *commissaire du gouvernement* und der Generalanwälte wegen Verstoßes gegen Grundsätze eines fairen Verfahrens, jedenfalls in dieser Ausgestaltung, konventionswidrig sei,<sup>32</sup> für den Vorwurf der Kompetenzüberschreitung.<sup>33</sup> Die Feststellung des Gerichtshofs, dass eine traditionelle Regel des französischen Strafprozesses, die einem Angeklagten, der nicht persönlich zum Prozess erschien, die Berufung versagte, gegen die Konvention verstößt, führte gar zu offenem Widerstand der Gerichte, der erst in Aussicht einer gesetzgeberischen Klärung gebrochen wurde.<sup>34</sup> In Spanien stieß die Ausweitung von Art. 8 EMRK auf umweltbezogene Sachverhalte auf Kritik und Widerstand der Gerichte.<sup>35</sup> In den skandinavischen Ländern, die traditionell keine bzw. nur sehr

<sup>25</sup> Føllesdal, in: Wahlgren (Hrsg.), *Constitutional Law*, S. 104; Krieger, *Positive Verpflichtungen*, ZaöRV 2014, 187 (191ff.).

<sup>26</sup> Für die Niederlande: Oomen, *Strasbourg-Bashing?*, IJHR 2016, 407 (408); Kuijer, in: van Roosmalen u.a. (Hrsg.), *Liber Amicorum van Dijk*, S. 108ff.; Myjer, *Times A-Changin'?*, NQHR 2012, 264 (270f.); für das Vereinigte Königreich: Hunt, in: ders. u.a. (Hrsg.), *Parliaments and Human Rights*, S. 3.

<sup>27</sup> EGMR, *Von Hannover gegen Deutschland*, Nr. 59320/00.

<sup>28</sup> EGMR, *M. gegen Deutschland*, Nr. 19359/04.

<sup>29</sup> EGMR, *Görgülü gegen Deutschland*, Nr. 74969/01.

<sup>30</sup> S. hierzu: Krieger, in: Dörr u.a. (Hrsg.), *EMRK/GG*, Kap. 6 Rn.75; Michael/Morlok, *Grundrechte*, Rn. 987; Grote, *EMRK-GG-Symposium*, ZaöRV 2014, 185.

<sup>31</sup> EGMR, *Lautsi gegen Italien*, Nr. 30814/06, §§ 48-58; s. hierzu: Piret, in: Temperman (Hrsg.), *Lautsi Papers*, S. 62f. Die Große Kammer hob die Entscheidung auf.

<sup>32</sup> EGMR, *Martinie gegen Frankreich* [GK], Nr. 58675/00, §§ 45-50; *Kress gegen Frankreich* [GK], Nr. 39594/98, §§ 77-87; *Reinhardt und Slimane-Kaïd gegen Frankreich* [GK], Nr. 23043/93 und 22921/93, §§ 101-107.

<sup>33</sup> Delzangles, *Activisme et autolimitation*, S. 7ff.; s. auch: Krisch, *Open Architecture*, *Modern Law Review* 2008, 183 (192ff.).

<sup>34</sup> EGMR, *Poitrinol gegen Frankreich*, Nr. 14032/88, §§ 38f.; *Omar gegen Frankreich* [GK], Nr. 24767/94, §§ 42-44; s. hierzu: Krisch, *Open Architecture*, *Modern Law Review* 2008, 183 (192f.).

<sup>35</sup> EGMR, *López Ostra gegen Spanien*, Nr. 16798/90, § 51; hierzu: Krisch, *Open Architecture*, *Modern Law Review* 2008, 183 (190).

geringe Beschränkungen demokratischer Mehrheitsherrschaft kannten und ebenfalls erst über den Gerichtshof mit dieser Frage konfrontiert wurden, stellt sich ebenso verstärkt die Frage nach Grund und Grenzen gerichtlicher Kontrolle von Menschenrechten.<sup>36</sup> Auch in der Schweiz findet sich mittlerweile eine breite Strömung, welche die Tätigkeit des Gerichtshofs kritisch sieht.<sup>37</sup>

An diesen Fällen zeigt sich auch, dass es nicht mehr lediglich um Einzelfälle geht, in denen das nationale Entscheidungssystem versagt hat, sondern um grundlegende Entscheidungen komplexer pluralistischer Gesellschaften und ihrer demokratischen Rechtsstaaten.<sup>38</sup> Die Rechtsprechung des Gerichtshofs, die sich der Kontrolle dieser Fragenkomplexe annimmt, geht insofern mittlerweile unstrittig weit über das hinaus, was zur Zeit der Verabschiedung der Konvention erwartet und erhofft war.<sup>39</sup> Die Kritik erinnert in dieser Hinsicht deutlich an die Konrad Adenauer zugeschriebene Stellungnahme zu den ersten Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts: „[S]o ham wa uns dat nich vorjestellt“.<sup>40</sup>

Eine besonders lebhaft, teils aggressive Debatte über Grund, Grenzen und Legitimität der EMRK und ihrer Auslegung durch den Gerichtshof entwickelte sich jedoch in den letzten Jahren vor allem im Vereinigten Königreich.<sup>41</sup> Zwar werden die Menschenrechte auch dort an sich anerkannt, ihre Auslegung durch den Gerichtshof aber wird teils drastisch kritisiert.<sup>42</sup> Der seit 2005 schwelende Streit um das aktive Wahlrecht, das im Vereinigten Königreich nach wie vor allen Strafgefangenen entzogen ist, führte gar zu Rufen nach einer Kündigung der EMRK.<sup>43</sup> 2014 stellten die britischen Konservativen diese Möglichkeit konkret in Aussicht,

<sup>36</sup> Rytter/Wind, *Need of Juristocracy?*, ICON 2011, 470 (470f.); Føllesdal/Wind, *Nordic Reluctance*, *Nordic Journal of Human Rights* 2009, 131, mit Versuchen die skandinavische Skepsis u.a. über Rechtsrealismus und fehlenden Pluralismus zu erklären.

<sup>37</sup> Pfiffner/Bollingers, *Ausufernde Interpretation*, NZZ vom 2. Februar 2012; hierzu: Freudiger, *Landesrecht*, JuWiss Blog vom 23. Juli 2014; Thürer, *Wer ist der Wächter des Wächters?*, NZZ vom 15. Mai 2014.

<sup>38</sup> Vgl. Helfer/Slaughter, *Effective Supranational Adjudication*, YLJ 1997, 273 (329).

<sup>39</sup> Statt aller: Matscher, *CEDH cinquantième anniversaire*, RTDH 2009, 901(921).

<sup>40</sup> Zitiert nach: Sondervotum der Richterinnen Lütke-Wolff zum Beschluss des Zweiten Senats vom 14. Januar 2014, 2 BvR 2729/13 u.a., Rn. 20.

<sup>41</sup> Für einen Überblick der Kritik siehe: Donald u.a., *UK and ECtHR*, S. 91-114.

<sup>42</sup> Vgl. Luhmann, *Legitimation durch Verfahren*, S. 31: „Am Legitimitätsbegriff muß zunächst deutlich unterschieden werden zwischen Akzeptieren von Entscheidungsprämissen und Akzeptieren von Entscheidungen selbst ... Man kann die Prinzipien und Normen bejahen, aus denen eine Entscheidung ‚gefolgt‘ wird, und die Entscheidung selbst doch ablehnen, weil sie logisch falsch oder auf Grund falscher Auslegung oder falscher Tatsachenannahmen zustande gekommen ist.“

<sup>43</sup> S. etwa: Morgan, in: Campbell u.a. (Hrsg.), *Legal Protection of Rights*, S. 428. Für eine Ersetzung der EMRK durch ein anderes System s.: Williams, *Confronting a Heresy*, EJIL 2013, 1157 (1184f.); sowie konkrete politische Pläne der Konservativen hierzu: *The Conservatives, Protecting Human Rights in the UK*, S. 8. Diese gab es wohlgerne auch schon in der Schweiz: Interpellation 13.3237 vom 23.3.2013 (Toni Brunner), Kündigung der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, verfügbar unter: [http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch\\_id=20133237](http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20133237); s. hierzu auch: Zimmermann, *Meinungsverschiedenheit*, JuWiss Blog vom 22. Juli 2014.

falls es nicht möglich sei, einen Vorrang nationaler Gesetzgebung und Rechtsprechung gegenüber dem Gerichtshof durchzusetzen.<sup>44</sup> Dieser nach wie vor ungelöste Konflikt wird auch vom Präsidenten des Gerichtshofs, Dean Spielman, „mit brennender Sorge“ betrachtet.<sup>45</sup> Neben dem Wahlrecht der Strafgefangenen wurden vor allem Abschiebesachen,<sup>46</sup> und zuletzt auch die Begrenzung lebenslanger Freiheitsstrafe<sup>47</sup> kritisiert.<sup>48</sup> Insgesamt wird die Frage nach der Legitimität des Einflusses eines internationalen Gerichts mittlerweile mit einem Nachdruck gestellt, den es bislang nicht gab.<sup>49</sup>

Diese Kritik ist jedoch an sich nicht neu.<sup>50</sup> Schon 1995 erwog die britische Regierung einen Austritt aus dem Konventionssystem nach einer aufsehenerregenden Verurteilung im Fall um die Tötung von IRA-Angehörigen auf Gibraltar.<sup>51</sup> So schrieb die *Daily Mail* in diesem Jahr: „This is simply the latest in a long series of perverse rulings by the European Court against Britain and in favour of terrorists, drug barons, gypsies, squatters and trans-sexuals.“<sup>52</sup> Intensität und Quantität solcher Kritik in der britischen Zeitungslandschaft haben sich seitdem jedoch massiv erhöht.<sup>53</sup> Sie finden sich auch in Qualitätszeitungen wie *The Times*.<sup>54</sup>

Nach Umfragen aus dem Jahr 2012 stimmen knapp drei Viertel der britischen Bevölkerung der Aussage zu, die Europäische Konvention für Menschenrechte sei eine Charta für Kriminelle.<sup>55</sup> Gleiches gilt für die Ansicht, dass in Straßburg Oligarchen ohne demokratische Legitimation zentrale politische Entscheidungen trafen,

<sup>44</sup> The Conservatives, Protecting Human Rights in the UK, S. 8.

<sup>45</sup> Spielman, Keynote Goettingen, S. 6

<sup>46</sup> EGMR, *Othman (Abu Qatada) gegen das Vereinigte Königreich*, Nr. 8139/09.

<sup>47</sup> EGMR, *Vinter u.a. gegen das Vereinigte Königreich* [GK], Nr. 66069/09 u.a.

<sup>48</sup> Justizminister Grayling äußerte sich folgendermaßen: „I think the people who wrote the original Human Rights Convention would be turning in their graves at this ruling.“, zitiert nach: Barrett, Turning in their Graves, *The Telegraph* vom 9. Juli 2013; zur politischen Reaktion, die u.a. im Vorschlag bestand, Mörder zu 100 Jahren statt lebenslanger Freiheitsstrafe zu verurteilen: Joshua Rozenberg, Penal Posturing, *The Guardian* vom 9. Januar 2014.

<sup>49</sup> De Poorter, in: van Roosmalen u.a. (Hrsg.), *Liber Amicorum van Dijk*, S. 198; Grote, EMRK-GG-Symposium, *ZaöRV* 2014, 185; Wildhaber, in: Hafner u.a. (Hrsg.), *Völkerrecht und Dynamik*, S. 162: „The rising criticism constitutes in my opinion one of the most serious challenges in the Court’s history.“

<sup>50</sup> S. etwa schon 1982 für Kritik an „zu weit gehenden“ Entscheidungen und „dynamischem“ Interpretationsansatz: Lanz, *Günstigkeitsprinzip*, S. 15, 27f.

<sup>51</sup> EGMR, *McCann u.a. gegen das Vereinigte Königreich*, Nr. 18984/91; s. hierzu: Dembour, Who believes?, S. 56f.; Hunt, in: ders. u.a. (Hrsg.), *Parliaments and Human Rights*, S. 5f.

<sup>52</sup> *Daily Mail*, zitiert nach: Caplan, An Aladdin’s Lamp?, *British Actuarial Journal* 2004, 1071 (1072), sowie *Daily Mail*, zitiert nach ebd.: „[T]he Court had included a judge from Albania, a Lithuanian, a Cypriot and a judge from Austria. Those surely are not nations which have much to teach this country about human rights.“; s. hierzu auch: Bates, *Evolution ECHR*, S. 434.

<sup>53</sup> S. exemplarisch: *Daily Mail* (UK) vom 11. Januar 2012, Europe’s war on British justice; Stephens, Decline of Human Rights, *Wall Street Journal* vom 31. Januar 2012.

<sup>54</sup> Hierzu: Myjer, Times A-Changin’?, *NQHR* 2012, 264 (264ff.).

<sup>55</sup> Doyle, Charter for criminals, *Daily Mail* (UK) vom 15. April 2012.

eine Elite, selbsternannte Philosophenkönige, ihre Ansichten der demokratischen Gesellschaft aufzwingen.<sup>56</sup> Selbst in Teilen der britischen Wissenschaft ist von *rights contagion*, einer „Menschenrechtsverseuchung“, die Rede.<sup>57</sup> Die grundlegende Frage, die hiermit – wenn auch in drastischen Worten – gestellt wird, ist, weshalb demokratisch nicht verantwortliche Richter großen Einfluss auf wesentliche gesellschaftspolitische Fragen haben sollten.<sup>58</sup> Nicht die Existenz menschenrechtlicher Normen an sich wird als das Problem gesehen, sondern die Kompetenz (internationaler) Gerichte ihre Einhaltung zu überwachen.<sup>59</sup> Ganz deutlich wird dies auch in Aussagen Theresa Mays, welche nach dem Brexit-Votum das Amt der Premierministerin übernahm:

„[W]e have to do something about the crazy interpretation of our human rights laws ... [W]e achieved reforms to the way in which the European Court works in the Brighton Declaration. But the problems caused by the Human Rights Act and the European Court in Strasbourg remain, and we should remember that Qatada would have been deported long ago had the European Court not moved the goalposts by establishing new, unprecedented legal grounds on which it blocked his deportation. I have made clear my view that in the end the Human Rights Act must be scrapped. We must also consider our relationship with the European Court very carefully, and I believe that all options—including withdrawing from the convention altogether—should remain on the table, but those are issues that will have to wait for the general election. Today we should take quiet satisfaction from the fact that a dangerous man has been deported to face justice in his home country.“<sup>60</sup>

Im Jahr 2016 erklärte sie, nunmehr als Premierministerin, britische Soldaten grundsätzlich von Klagen, die insgesamt missbräuchlich seien, ausnehmen zu wollen.<sup>61</sup> Es wäre ein Fehler, diese britische Kritik als reaktionär und obsolet souveränitätsbetont abzutun oder ihren grundsätzlichen Charakter zu verkennen.<sup>62</sup> Denn trotz ihres teils schrillen Tons wirft sie demokratietheoretische Fragen auf, die nicht ignoriert werden können. Die Tatsache, dass die Staaten, die momentan am lautstärksten protestieren, diejenigen sind, die statistisch gesehen weniger vom Gerichtshof verurteilt werden,<sup>63</sup> zeigt, dass es nicht um quantitative Fragen, sondern eine Grundsatzfrage geht.

<sup>56</sup> YouGov-Studie aus 2011, verfügbar unter: [http://cdn.yougov.com/today\\_uk\\_import/yougov-archives-pol-yougovitv-humanrights-240311.pdf](http://cdn.yougov.com/today_uk_import/yougov-archives-pol-yougovitv-humanrights-240311.pdf); s. auch: Christie, *Philosopher Kings?*, S. 105.

<sup>57</sup> Pinto-Duschinsky, *Bringing Rights Home*.

<sup>58</sup> Vgl. etwa: Allan, in: Huscroft (Hrsg.), *Expounding the Constitution*, S. 162.

<sup>59</sup> Schaffer u.a., in: Føllesdal u.a. (Hrsg.), *Legitimacy of Human Rights*, S. 2.

<sup>60</sup> HC Deb 2013, 8 July 2013, Col 24. Der Fall, auf den May, hier noch als Innenministerin, Bezug nimmt ist EGMR, *Othman (Abu Qatada) gegen das Vereinigte Königreich*, Nr. 8139/09, in dem der Gerichtshof befand, dass die Auslieferung zu einem Strafverfahren, in dem erfolgte Aussagen verwandt würden, gegen Art. 6 EMRK verstößt.

<sup>61</sup> Dominiczak/Mendick, „Legal Witch Hunt“, *The Telegraph* vom 4. Oktober 2016.

<sup>62</sup> So wohl die bisher überwiegende Reaktion, s. z.B.: P. Lambert, in: Berg u.a. (Hrsg.), *Liber Amicorum Berger*, S. 249f.; Durst, *Mission Creep*, ZEuS 2015, 207 (225).

<sup>63</sup> S. hierzu etwa: Føllesdal, in: ders. u.a. (Hrsg.), *Legitimacy of Human Rights*, S. 273; sowie die Statistiken des Gerichtshofs: EGMR, *Facts & Figures*, S. 10f. Gegen das Vereinigte Königreich etwa ergingen in 2013 lediglich 13 Urteile, von denen 8 eine Verletzung feststellten. Demgegenüber wurden über 1600 Beschwerden für unzulässig erklärt.



Die Bedeutung dieser Grundsatzfrage für Staaten wie Russland, die besonders häufig durch den Gerichtshof verurteilt werden, ist evident: Solche Kritik aus westlichen Demokratien stärkt massiv die Möglichkeit auch illegitimer Kritik.<sup>64</sup> 2016 erklärte das russische Verfassungsgericht erstmals ein Urteil des Gerichtshofs wegen Widerspruchs mit der russischen Verfassung für „unumsetzbar“.<sup>65</sup>

Die Tatsache, dass sich die gleichen Fragen in den skandinavischen Staaten,<sup>66</sup> der Schweiz,<sup>67</sup> aber etwa auch in Südkorea<sup>68</sup> und für den Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte<sup>69</sup> stellen, zeigt jedoch, dass es sich nicht um eine zu vernachlässigende Eigenheit der Briten, etwa aus Gründen ihrer Verfassungstradition,<sup>70</sup> oder ein Ergebnis ihres teils schwierigen Verhältnisses zu Europa handelt. Auch wenn die Kritik in anderen Staaten nicht so laut und erbittert vorgetragen wird: Die Bedenken sind ernst zu nehmen.<sup>71</sup> „Man macht es sich jedenfalls zu leicht, wenn man jede politische Kritik der Menschenrechte a priori als verschleierte Versuch ansieht, die Freiheit für und nicht von Unterdrückung zu beanspruchen.“<sup>72</sup>

Der einzige Unterschied, der sich im Konflikt zwischen Entscheidungen des Gerichtshofs und den Entscheidungssystemen der verschiedenen Vertragsstaaten zeigt, ist, dass der Konflikt bei manchen Staaten hauptsächlich mit der Judikative, bei anderen hauptsächlich mit der Legislative ausgetragen wird. Die Frage nach der Rolle von Verfassungsgerichtsbarkeit ist traditionell vor allem die Frage nach der Kompetenzverteilung zwischen demokratischem Gesetzgeber und Justiz.<sup>73</sup>

<sup>64</sup> S. zur Kritik aus Russland und Ungarn: Wildhaber, in: Hafner u.a. (Hrsg.), Völkerrecht und Dynamik, S. 162f.

<sup>65</sup> Chaeva, Russian Constitutional Court and ECtHR, EJIL Talk! vom 26. April 2016; s. zur dahingehenden Kompetenz des russischen Verfassungsgerichts: Venedig-Kommission, Interim Opinion on the Amendments to the Federal Constitutional Law on the Constitutional Court of the Russian Federation, 106. Plenarsitzung (Venedig, 11.-12. März 2016), CDL-AD(2016)005.

<sup>66</sup> Lavapuro u.a., Rights-based constitutionalism, ICON 2011, 505 (510ff.); jedoch wohl weniger in Island: Helgadóttir, Nonproblematic Judicial Review, ICON 2011, 532 (537).

<sup>67</sup> Seiler, Verfassungsgerichtsbarkeit, Zeitschrift für Schweizerisches Recht 2010, 381 (442ff.); auch die Eidgenössische Volksinitiative „Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)“ vom 12. August 2016, verfügbar unter: <https://www.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis460t.html>.

<sup>68</sup> Hahm, „law vs. politics“, ICON 2012, 6.

<sup>69</sup> Schaffer u.a., in: Føllesdal u.a. (Hrsg.), Legitimacy of Human Rights, S. 7f.

<sup>70</sup> So aber wohl: Breuer, Demokratieprinzip versus Rechtsstaatsprinzip?, Verfassungsblog vom 23. Juli 2013.

<sup>71</sup> Insbesondere auch, da sie sich immer größerer Verbreitung erfreuen. So sind im Jahr 2016 Pläne, sich der Bindungen der EMRK zu entledigen, auch im französischen Wahlkampf angekommen: „Si je suis élu président de la République, je proposerai la modification ... [de la Convention européenne des droits de l'homme] parce que j'affirme que rien ne justifie plus qu'on n'expulse pas les terroristes étrangers, les prêcheurs de haine et des délinquants.“ (N. Sarkozy), „[S]i la CEDH ... [n']autorise pas [la légitime défense des policiers], il faudra qu'on la modifie.“ (A. Juppé) oder „La CEDH se mêle de plus en plus de questions de société qui font notre identité. On ne peut pas l'accepter. Je proposerai que la France quitte la CEDH.“ (F. Fillon), alle Zitate aus: De Montvalon, CEDH ciblée, Le Monde vom 14. Oktober 2016.

<sup>72</sup> Forst, Das Recht auf Rechtfertigung, S. 292

<sup>73</sup> Habermas, Faktizität und Geltung, S. 293.



Dies zeigt sich im Konflikt mit dem Vereinigten Königreich deutlich. Für die deutsche Rechtswissenschaft liegt der Konflikt hingegen eindeutig in der Kompetenzverteilung zwischen zwei Gerichten, dem Gerichtshof und dem Bundesverfassungsgericht – ein demokratietheoretisches Problem wird gemeinhin nicht gesehen.<sup>74</sup>

Der Vorwurf der Oligarchie, der fester Bestandteil des US-amerikanischen Diskurses zu dieser Grundsatzfrage der gerichtlichen Kontrolle von Menschenrechten ist,<sup>75</sup> wird vermehrt auch in Europa in Bezug auf den Gerichtshof gehört. Manche sehen gar einen globalen Trend zur Juristokratie.<sup>76</sup> In Bezug auf den Gerichtshof wird sie seit einigen Jahren immer dringlicher gestellt und immer häufiger mit einer eingeschränkten Rolle des Gerichtshofs beantwortet: „The ECtHR should restrict itself to the role of a guardian who watches over the serious human rights abuses, rather than arrogating itself the right to replace elected governments and domestic courts in the job of meticulously balancing the rights of individuals or minorities against countervailing interests.“<sup>77</sup>

Klassische Rechtfertigungsmuster wie der effektive Schutz der Menschenrechte, vor allem für Minderheiten, scheinen angesichts einer offenbar immer weitergehenden Rechtsprechung an Überzeugungskraft zu verlieren. Auch die Bedeutung der Konvention in Europa und der Welt, insbesondere für die neuen Demokratien Osteuropas, erscheint oft unzureichend, um dieser grundlegenden Kritik zu begegnen.<sup>78</sup> Denn die Verbreitung menschenrechtlicher Standards über den eigenen Staat hinaus ist sicherlich ein Argument, das seine Berechtigung hat.<sup>79</sup> So kann beobachtet werden, dass schon die momentan andauernde Diskussion im Vereinigten Königreich um die Legitimität des Gerichtshofs in anderen Staaten aufgegriffen wird, um diesen ebenfalls in Frage zu stellen.<sup>80</sup> Doch ist es nur ein schwacher Grund, weshalb der Gerichtshof auch für etablierte Demokratien eine wichtige Rolle übernehmen sollte.

---

<sup>74</sup> Statt vieler: Landau/Trésoret, Menschenrechtsschutz im Mehrebenensystem DVBl 2012, 1329 (1332): „In den ehemaligen Diktaturen des früheren sowjetischen Einflussbereichs verkörpern Konvention und Rechtsprechung des EGMR einen sinnvollen Mindeststandard menschenrechtlicher Garantien, der sich mangels eigener menschenrechtlicher Rechtsprechungstradition ohne weiteres in die nationale Rechtsordnung einfügt. Trifft die Konvention jedoch in den Rechtskulturen Westeuropas auf ein hochelaboriertes System des Grundrechtsschutzes, führt die autonome Feststellung von Schutzbereichen und Schranken unvermeidlich zum Konflikt mit der nationalen Rechtsordnung.“

<sup>75</sup> S. etwa explizit: Allen, Constitutional Adjudication, Nw. U. L. Rev. 1993, 436 (456).

<sup>76</sup> Hirschl, Towards Juristocracy, S. 223.

<sup>77</sup> Piret, in: Temperman (Hrsg.), Lautsi Papers, S. 78.

<sup>78</sup> Joint Committee on the Draft Voting Eligibility (Prisoners) Bill, Minutes of Evidence, 6 November 2013, QQ 177-205, S. 8. S. für dieses verbreitete Argument z.B.: Bates, Prisoner Voting Saga, HRLR 2014, 503 (539).

<sup>79</sup> Føllesdal, Human Rights Judiciary, Theoretical Inquiries in Law 2013, 339 (357). Zum Einfluss auf die türkische Rechtsordnung s.: Yargıç, CEDH et l'ordre juridique turc, S. 132f.; zur russischen: Mälksoo, in: ders. (Hrsg.), Russia, S. 217ff.

<sup>80</sup> Dzehtsiarou u.a., Russian Prisoner Voting, ECHR Blog vom 9. April 2016; Lambrecht, Withdrawal from the ECHR, EYBHR 2015, 407 (419).

## B. Methodenkritik als Dreh- und Angelpunkt der Kompetenzkritik

Besonderer Kritik unterliegt immer wieder die methodische Vorgehensweise des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Er maße sich Kompetenzen an, welche ihm von den Vertragsstaaten nie zugesprochen worden seien. Hierbei bediene der Gerichtshof sich keiner etablierten völkerrechtlichen Auslegungsmethoden, sondern einer Methodik *sui generis* – welche letztlich nicht nur eine illegitime Selbstermächtigung bedeute, sondern seine Entscheidungen völlig unvorhersehbar mache. Viele Kritiker sehen seinen Ansatz als geradezu kryptisch an: „More Europeans believe in human rights than believe in God. Their oracle – at Strasbourg, not Delphi – is tended by a priesthood of judges and law professors culled from 46 countries, divining the basic rights of humankind.“<sup>81</sup> Die Auslegungsmethodik der Menschenrechte sei „wishful thinking“.<sup>82</sup> Hinter „rights talk“ würden nur politische Entscheidungen versteckt.<sup>83</sup> Der Gerichtshof selbst und viele Kommentatoren beanspruchen für seine Arbeit hingegen immer wieder eine auf den Kontrollmaßstab der Menschenrechte gegründete legitime Spezialität, eine gewisse Besonderheit im Gegensatz zu anderen internationalen Gerichten und sonst üblicher völkerrechtlicher Methodik.<sup>84</sup>

Kritik an Menschenrechten und der Funktion ihrer gerichtlichen Kontrolle kann jedoch nicht, jedenfalls nicht mehr, mit einem einfachen Verweis auf ein Glaubensbekenntnis und die moralische Verirrung ihrer Kritiker abgetan werden.<sup>85</sup> Dies zeigt die Vielfalt und Komplexität der Problemfelder sowie die Zahl der fest etablierten Demokratien, aus denen die Kritik herrührt, deutlich. Die erste Frage, die sich daher stellt, ist jene nach der Rechtmäßigkeit des methodischen Vorgehens des Gerichtshofs. Als internationales Gericht, das einen völkerrechtlichen Vertrag anzuwenden hat, ist er nach eigener Aussage an die Wiener Vertragsrechtskonvention gebunden, welche die zulässigen Auslegungsmethoden vorschreibt.<sup>86</sup> Immer wieder wird dem Gerichtshof vorgehalten, er gebe lediglich vor, diese Methodik anzuwenden.<sup>87</sup>

<sup>81</sup> Geoffrey Robertson, Back Cover Quote on: Dembour, Who believes?.

<sup>82</sup> Zu diesem Vorwurf an die Auslegungsmethodik von Menschenrechtsgerichtshöfen: Vanneste, Specialty Claims, S. 227.

<sup>83</sup> Piret, in: Temperman (Hrsg.), Lautsi Papers, S. 83; s. hierzu auch: Oomen, Strasbourg-Bashing?, IJHR 2016, 407 (414).

<sup>84</sup> S. etwa: Birsan/Callewaert, in: Ruiz Fabri/Sorel (Hrsg.), Motivation des decisions, S. 193: „*position unique*“; Zemanek, in: Hafner u.a. (Hrsg.), Völkerrecht und Dynamik, S. 462.

<sup>85</sup> Ebenso: Zwart, in: Flogaitis u.a. (Hrsg.), ECtHR and its Discontents, S. 76f.; vgl. etwa zum Kulturrelativismus: Forst, Recht auf Rechtfertigung, S. 292.

<sup>86</sup> Wiener Konvention über das Recht der Verträge vom 23. Mai 1969, 1155 UNTS 331, BGBl. 1985 II, 927.

<sup>87</sup> Chiariello, Richter als Verfassungsgeber, S. 280; Zemanek, in: Hafner u.a. (Hrsg.), Völkerrecht und Dynamik, S. 458: „[Der EGMR] wendet ... [die WVK] nicht wirklich an, sondern hat ein eigenes Interpretationskonzept entwickelt, von dem er nur behauptet, es basiere auf der WVK.“

Daher wird zunächst untersucht werden, ob die Auslegung der EMRK durch den Gerichtshof gemessen an der Wiener Vertragsrechtskonvention rechtmäßig ist.

Die zur Rechtsprechung des Gerichtshofs vorgebrachte Kritik bzw. die (Re-) Konstruktion seiner Rechtsprechung in der Literatur beschränkt sich jedoch nicht streng auf Fragen der Wiener Vertragsrechtskonvention, sondern stellt Anforderungen, die man als objektivistisch bezeichnen kann. Der Gerichtshof müsste seine Entscheidungen nach dieser Sichtweise einem Erkenntnisobjekt entnehmen, das entweder im Normtext der EMRK oder anderswo zu finden sei. Diese Ansätze verdienen maßgebliche Beachtung, da sie von den wichtigsten Kritikern und Verteidigern des Gerichtshofs, teils auch von ihm selbst, vorgebracht werden, und für die Legitimationsanforderungen, denen sich der Gerichtshof stellen muss, ganz entscheidend sind. Wären sie haltbar, könnte der Gerichtshof zu seiner Legitimation vollständig auf das jeweilige Erkenntnisobjekt abstellen. Kann er es nicht, trifft der Legitimationsdruck ihn selbst. Zur Beantwortung dieser Frage ist es erforderlich, interdisziplinär Anleihen zu nehmen. Insbesondere die Sprachwissenschaften, aber auch die Philosophie, kann hier einen wesentlichen Erkenntnisbeitrag leisten, wenn normtextbezogener und normtextexterner Objektivismus zu bewerten sind.

Neben allgemeiner Kritik an der Auslegung konventionsrechtlicher Begriffe nehmen viele vor allem an der Prüfung der Verhältnismäßigkeit und der Bezugnahme auf die Figuren der autonomen und evolutiven Auslegung sowie an der *margin of appreciation* Anstoß. Ob diese eine legitime Funktion erfüllen und ob sie sich in den methodischen Rahmen der Wiener Vertragsrechtskonvention einordnen lassen, wird daher in gesonderten Abschnitten besprochen werden.

Allen diesen Methoden und der Rechtsprechung des Gerichtshofs insgesamt wird jedoch der Vorwurf gemacht, letztlich irrational zu sein. Was es aber heißt, Rationalität zu fordern, bleibt oft im Unklaren oder wird als selbstverständlich vorausgesetzt, obwohl es für die Bewertung der Rechtsprechung des Gerichtshofs von herausragender Bedeutung ist. Mit der Frage nach der Rationalität von juristischen Entscheidungen wird die Diskussion der juristischen Methodik des Gerichtshofs vertieft, um eine feste rechtstheoretische Grundlage für die Beantwortung der Frage nach der Rolle des Gerichtshofs zu schaffen.

Methodenfragen sind immer auch Fragen nach der Leistungsfähigkeit von Recht und Gerichten an sich. Für die Entscheidungspraxis des Gerichtshofs sind sie deshalb von besonderer Bedeutung, weil mit ihnen einerseits nach der rechtlichen Kompetenz des Gerichtshofs gefragt wird, gewisse Entscheidungen zu treffen. Andererseits betreffen sie auch die Frage, welche rechtlich möglichen Entscheidungen der Gerichtshof legitimerweise treffen kann. Letzteres kann, vermittelt insbesondere über die methodische Figur der *margin of appreciation*, wiederum Einfluss auf die Entscheidungsmethodik und -kompetenz haben. Die Rolle eines Gerichts ist mit seiner Methodik unauflösbar verwoben.<sup>88</sup>

---

<sup>88</sup> Vgl. zum Zusammenhang zwischen Methodik und Rollenverständnis: Nußberger, Verhältnismäßigkeit als Strukturprinzip, NVwZ-Beilage 2013, 36 (36).

## **C. Eine legitime Kontrolle der europäischen Grundrechteverfassung**

Die Kontrolle der Konventionsrechte durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte muss sich einer sehr grundsätzlichen Frage nach ihrer eigenen Berechtigung stellen: Was ist ihre Aufgabe gegenüber dem demokratisch-rechtsstaatlichen Entscheidungsdiskurs der europäischen Staaten? Eine Antwort wird mit einem Anspruch auf erschöpfende Klärung hierauf noch immer allzu oft gegeben: Der Gerichtshof binde die Vertragsstaaten lediglich an die von ihnen selbst geschaffenen Rechte der EMRK oder jedenfalls an feststehende moralische Prinzipien, auf welche die EMRK verweise. Beides, so das Ergebnis des ersten Teils dieser Abhandlung, ist nicht haltbar. Der Gerichtshof ist in seiner Rechtsprechung nicht durch den Konventionstext oder andere objektive Erkenntnisquellen determiniert. Die Entscheidungen des Gerichtshofs sind daher genau das: Entscheidungen. Nur und nur auf Grundlage dieser rechtstheoretischen wie sprachwissenschaftlichen Erkenntnis – denn um eine solche und keine normative Wertung handelt es sich – stellt sich die Frage nach der Rolle des Gerichtshofs in voller Schärfe. Denn eine Abwälzung des Legitimationsdrucks für die getroffenen Entscheidungen ist nicht mehr möglich. Dieser trifft den Gerichtshof selbst und ist von diesem auch zu beantworten.

Um im demokratisch-rechtsstaatlichen Entscheidungsprozess eine Rolle für den Gerichtshof verorten zu können, muss dieser Prozess in seinen strukturellen Grundzügen, die für alle Vertragsstaaten identisch sind, rekonstruiert werden. Denn in und für diesen Prozess sollen Menschenrechte eine gewisse Funktion erfüllen. Die Frage, welchen Beitrag der Gerichtshof leisten kann, hat sowohl für die Bewertung seiner Rechtsprechung als auch für die Effektivität des Konventionssystems, die Implementierung der Entscheidungen des Gerichtshofs, eine wesentliche Bedeutung.<sup>89</sup> Hierbei wird davon ausgegangen werden, dass ihm mit der Kontrolle von Menschenrechten eine nationalen Verfassungsgerichten im Wesentlichen parallele Aufgabe zukommt, er also funktionell als Verfassungsgericht tätig wird und Überlegungen aus nationalen Diskursen daher grundsätzlich übertragbar sind.<sup>90</sup>

---

<sup>89</sup> Vgl. Dzehtsiarou u.a., Russian Prisoner Voting, ECHR Blog vom 9. April 2016.

<sup>90</sup> S. etwa: Greer, What's wrong?, HRQ 2008, 680 (684); schon früh: Süsterhenn, Menschenrechte in Europa, S. 40

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte als  
Diskurswächter

Zur Methodik, Legitimität und Rolle des Gerichtshofs im  
demokratisch-rechtsstaatlichen Entscheidungsprozess

Baade, B.

2017, XVIII, 545 S. 3 Abb., Hardcover

ISBN: 978-3-662-54279-8